

Chemie

Fasching mit Folgen

Nach der Chemiekatastrophe bei Hoechst, die womöglich durch Trunkenheit verursacht wurde, werden branchenweit Alkoholverbote verhängt.

Als am Rosenmontag, frühmorgens um vier, im Hoechst-Werk Griesheim ein Sicherheitsventil barst und gelber Chemienebel über die benachbarten Stadtteile waberte, war für Werksleiter Gerhard Rümmler rasch klar: Ursache des Blow-outs war ein „Bedienungsfehler“.

Zugleich keimte in dem Manager ein weiterer Verdacht: Bei der Bedienungsmannschaft des Mischers, der explodiert war, sei Alkohol im Spiel gewesen. Er hoffe, so Rümmler, daß da „der Fasching keine Rolle gespielt hat“.

Die spontane Sorge des Hoechster Werksleiters über einen Störfall, dessen Folgen den größten Chemiekonzern Deutschlands bislang über 20 Millionen Mark kosteten, war die erste öffentliche Äußerung zu einem Thema, über das in der Branche sonst nur hinter verschlossenen Türen geredet wird – Suff in den Hochrisikoanlagen der Chemie.

Der Verdacht, daß alkoholisiertes Personal in den Giftküchen der Chemie-



Kneipen vor BASF-Werkstor 3: „Restrisiken verringern“

industrie einen ganzen Landstrich gefährdet habe, erschien der Frankfurter Staatsanwaltschaft plausibel genug, um gegen die Katastrophenbesatzung von Hoechst Ermittlungen einzuleiten. Doch die wurden alsbald eingestellt – Belege für Faschingsfreuden der Nachtschichtarbeiter waren nicht mehr auffindbar.

Gleichwohl reagierten Deutschlands Chemiemultis auf das nachhaltigste: Sie vermieden zwar jeden Bezug auf den Frankfurter Rosenmontagsknall, aber ob bei BASF in Ludwigshafen, bei Bayer in Leverkusen oder bei Hoechst in Frankfurt – überall sind im Nachgang zu den Frankfurter Ereignissen die Alkoholverordnungen erneuert und die Kontrollen verschärft worden.

Die Hoechst AG beispielsweise hatte dazu allen Grund. Obwohl in ihren

Frankfurter Betrieben seit jeher ein Alkoholverbot herrscht, hatte Werksarzt Fritz Schuckmann vergangenes Jahr offen eingeräumt, daß er bei der 30 000-Mann-Belegschaft mit bis zu 1500 Mitarbeitern rechne, die „Alkoholprobleme“ hätten. Den „Anteil von Alkoholunfällen“ an der Gesamtzahl der Havarien schätzte er allerdings auf nur „etwa ein Prozent“.

Die Chemiemanager wissen, daß der Konsum von Alkohol ihre Anlagen zu potentiellen Zeitbomben macht.

Vergangenes Jahr war erstmals öffentlich der Verdacht geäußert worden, daß das Alkoholverbot bei Hoechst mit einem schwunghaften Schwarzhandel umgangen wird. Detailliert beschrieb die *Frankfurter Rundschau* („Depots im Keller für den täglichen Suff“), auf welchen Wegen Hochprozentiges aufs Werksgelände gelangt, wo es dann „richtig rundgeht“, vor allem „nachts auf der langen Schicht“.

Der Bericht wurde von der Konzernleitung ebenso wenig dementiert wie die Aussage eines Leiharbeiters, der nach der Explosion vom Rosenmontag beschrieb, wie selbst im Sicherheitsbereich des Werkes schon zur Frühstückszeit „Flaschenbier und Flachmänner“ die Runde machen (SPIEGEL 10/1993).

Der Chemiemulti reagierte in aller Stille. Mit der Personalvertretung wurde vergangenen Monat eine neue Vereinbarung ausgehandelt, die nicht nur all jene bedroht, die am Arbeitsplatz saufen. Nun werden auch Mitarbeiter „arbeitsrechtlich verfolgt“, die auf dem Werksgelände lediglich „im Besitz“ von Alkohol angetroffen werden.

Bei der BASF in Ludwigshafen verhängte Max Dietrich Kley, für das Per-



Aufräumarbeiten nach Hoechst-Unfall*: Verdächtiger Rosenmontagsknall

* Im März in einer Kleingartenanlage in Frankfurt-Schwanheim.

sonalwesen zuständiges Vorstandsmitglied, am 1. Mai ein absolutes Alkoholverbot für die 50 000 Beschäftigten. Begründung des Managers, bei dessen Entscheidung die Störfallserie beim Chemieunternehmen Hoechst angeblich keine Rolle spielte: Es gelte, „Restrisiken weiter zu verringern“.

Immerhin hatte es Kley mit seinem Alkoholverdikt so eilig, daß er den Abschluß der laufenden Verhandlungen über eine Betriebsvereinbarung und die Zustimmung des Betriebsrats nicht abwarten mochte.

Der Vorteil von 0,0-Promille-Lösungen wie jetzt bei BASF liegt nach Ansicht von Herbert Ziegler, einem auf Suchtprobleme spezialisierten Unternehmensberater aus Garmisch-Partenkirchen, auf der Hand: „Je niedriger das Konsumniveau in einem Betrieb, desto eher fallen Alkoholranke auf.“ Ein völlig trockenes Betriebsklima läßt sich nach Ansicht von Fachleuten allerdings kaum erzielen; sie fordern daher – neben Verboten und Kontrollen – immer auch gute Resozialisierungsprogramme.

Bis zum jüngsten Alkoholverbot war es bei BASF offiziell erlaubt, zwei Flaschen Bier pro Kopf und Schicht für den großen Pausendurst von zu Hause mitzubringen. Außerdem durfte die Belegschaft in den Werkskantinen zum Essen Bier oder Wein ordern.

Die Arbeitnehmervertreter wollen ihre Zustimmung zur „alkoholfreien Zone BASF“ von einer Gegenleistung abhängig machen: Per Betriebsvereinbarung soll ein Anspruch auf – bisher nur von Fall zu Fall gewährte – Resozialisierungschancen verankert werden. Die Absicherung von Kollegen mit Suchtproblemen scheint dem Betriebsrat besonders dringlich, weil BASF bis zum Jahresende rund 5000 Arbeitsplätze abbauen will.

Einbezogen werden sollen in die Hilfsprogramme ausdrücklich auch Konsumenten illegaler Drogen. Die größte Problemgruppe sind freilich nach wie vor die Trinker.

Nach Einschätzung des Bundesgesundheitsamts (BGA) in Berlin sind rund sechs Prozent aller Beschäftigten in Deutschland behandlungsbedürftige Alkoholranke. Bei nahezu jedem zweiten Arbeitsunfall sollen Alkoholika eine Rolle spielen, und „meistens sind die Folgen schlimmer, wenn unter Alkoholeinwirkung etwas passiert“, so BGA-Wissenschaftler Burckhard Junge.

Trotz der jüngsten Alkoholverbote sind die Unfallgefahren in der Chemieindustrie keineswegs gebannt. Vor der Schicht und in den Pausen können beispielsweise BASF-Bedienstete in Gaststätten wie der „Eulenburg“, rund 100 Meter vom Werkstor 3 entfernt, jede Menge Alkohol konsumieren. Im Glas-

kasten links neben der Kneipentür hängt die Getränkeliiste, zwei Blatt Bier- und Schnapspreise, garniert mit wenigen Schnellgerichten.

Und auch im Werk gibt es trotz stichprobenartiger Kontrollen Möglichkeiten, weiterhin an den Stoff zu kommen, der heiter und unachtsam macht. „Was genau in den Thermosflaschen drin ist“, berichtet ein BASF-Mitarbeiter nüchtern, „das sieht sowieso keiner.“ □

Rüstung

Großes Loch

Die Denkfabrik der deutschen Waffenkonzerne kostet Bonn Millionen. Nun soll sie abgestoßen werden: nach Amerika.

Meterhohe Stacheldrahtzäune schirmen das Gelände ab, der Werkschutz, bis zu 80 Mann stark, sichert Grundstücke und Gebäude. Nach Feierabend werden alle Arbeitsunterlagen in Panzerschränke eingeschlossen. Die Industrieanlagen-Be-

triebsgesellschaft (IABG) im bayerischen Ottobrunn ist ein gut bewachter Braintrust der deutschen Rüstungsindustrie mit 1500 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von 324 Millionen Mark.

Dennoch haben sich Eindringlinge Zugang zu dem gut bewachten Objekt verschafft. „BDM International übernimmt deutsche Rüstungsfirma“, meldet stolz die *Washington Post* über die IABG.

Und die BDM, die US-Firma Brad-dock, Dunn, McDonald, McLean in McLean (US-Staat Virginia) scheint potent genug für den Kauf, der nach dem amerikanischen Zeitungsbericht bereits perfekt sein soll. Auch BDM forscht und testet für Militär- und High-Tech-Unternehmen.

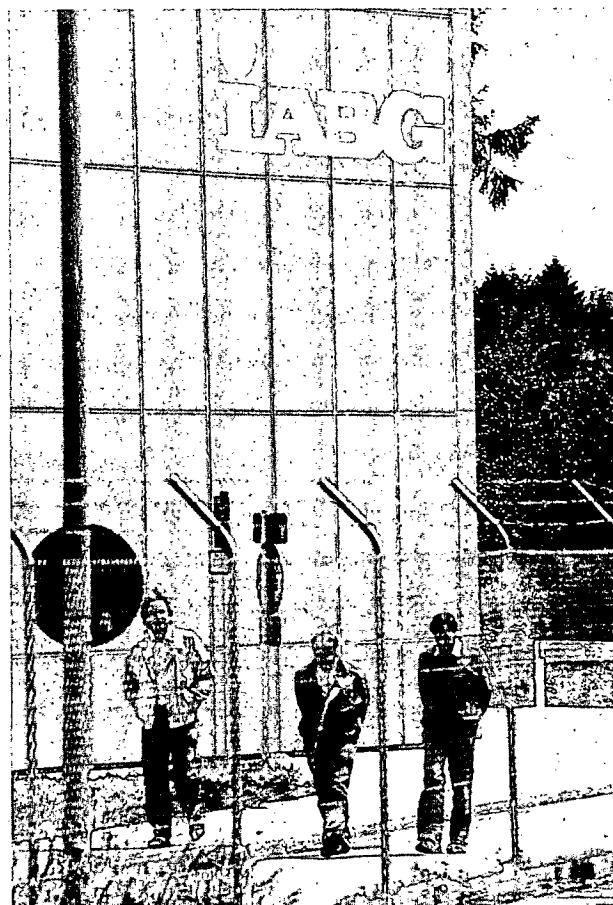
Im Unterschied zu dem Ottobrunner Staatsunternehmen, das von abgehalfterten Politikern und Ministerialbeamten in die Verlustzone gestürzt wurde, verfügen die BDM-Leute über ein versiertes Management. „Die Amerikaner arbeiten schon länger privatwirtschaftlich“, räumt auch Erich Pfisterer vom IABG-Betriebsrat ein, „da ist ein anderes Denken da.“

Widerstand regt sich dagegen im Bundestag. Der für den Verkauf zuständige Verteidigungsausschuß verweigerte

seine Zustimmung. Ausverkauf geheimen Rüstungs-Know-hows an ein US-Unternehmen – für manche Parlamentarier ist das schlicht ein Skandal. „Ich dachte, ich fall’ in Ohnmacht, als ich zum erstenmal davon gehört habe“, polterte Ausschußmitglied Werner Hoyer (FDP).

„Erst stecken wir Hunderte Millionen an Steuergeldern in die IABG rein, und jetzt servieren wir sie den Amerikanern auf dem silbernen Tablett“, empörte sich auch der SPD-Abgeordnete Horst Jungmann.

Nicht einmal Verteidigungsstaatssekretär Jörg Schönbohm konnte bei seinem Auftritt im Verteidigungsausschuß die heiklen Pläne rechtfertigen. Ob er glaube, daß Briten oder Amerikaner etwas Vergleichbares tun würden, wollte Hoyer wissen. Nein, mußte Schönbohm kleinlaut



Rüstungskonzern IABG

„Die haben nicht begriffen, was hier los ist“